

zeigte die KPD der deutschen Arbeiterklasse, daß die Entwicklung zu Faschismus und Krieg keineswegs eine Zufälligkeit, sondern im Wesen des Imperialismus begründet war. Mit dem „Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ und mit den folgenden ZK-Beschlüssen wurde der deutschen Arbeiterklasse der richtige Weg zu ihrer Befreiung gezeigt. In den Massenkämpfen des Proletariats gegen die Offensive des Finanzkapitals — vom Mansfelder- und Ruhrstreik im Sommer 1930 bis zum BVG-Streik in Berlin im Herbst 1932 — stand die KPD immer an der Spitze und konnte ihren Einfluß auf breite Schichten der Werktätigen vergrößern. Die Reichstagswahlen im November 1932 zeigten, daß die Partei auf dem Wege zur Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse war. Bei der Durchführung dieser richtigen Generallinie der KPD gab es auch Fehler. Aber die offene Selbstkritik, mit der die Partei Fehler aufdeckte, war ein Beweis ihrer Stärke und Geschlossenheit. Ihre Fehler schwächen auch nicht im geringsten die Bedeutung ihres heroischen, konsequenten Kampfes gegen den deutschen Imperialismus, für den Sozialismus ab.

Während die KPD die Arbeiterklasse gegen Faschismus und Krieg mobilisierte, betrieben die rechten Sozialdemokraten angesichts der drohenden Gefahr der faschistischen Diktatur eine Politik des „kleineren Übels“, die nichts anderes war als eine Unterstützung der Bourgeoisie und eine Irreführung der Arbeiterklasse. Diese Politik war nicht das Ergebnis zufälliger oder örtlich bedingter Fehler, sondern die zwangsläufige Folge der prinzipiell falschen Grundkonzeption einer Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie. Die rechten Sozialdemokraten unternahmen alles, um die Kampfkraft der Arbeiter durch die intensive Verbreitung reformistischer Theorien zu lähmen, um eine Linksentwicklung der sozialdemokratischen Arbeiter und deren Zusammengehen mit den Kommunisten zu verhindern; sie entfalteten eine wüste Hetze gegen die KPD. Rechte Sozialdemokraten, wie Severing, Braun, Zörgiebel, Grzesinski u. a. versuchten, im Interesse der Bourgeoisie die revolutionäre Bewegung niederzuhalten. Durch ihre Politik der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie und der Spaltung der Arbeiterklasse trugen die rechten SPD-Führer die unleugbare Verantwortung für den Sieg der Hitler-Diktatur.

Die Politik der rechten Sozialdemokraten in den Jahren 1929 bis 1933 zeigt, daß der Reformismus die Arbeiter in eine Sackgasse führt, daß es keinen dritten Weg gibt, sondern nur die Diktatur des Proletariats oder die Diktatur der Bourgeoisie. Wenn man diesen Grundsatz, diese wertvollen Erfahrungen der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung ignoriert, macht man sich zum Fürsprecher revisionistischer Anschauungen und dient den Feinden der Klasse und der Partei.

Immer wieder wird in den Broschüren — besonders ausgeprägt und häufig bei Kurt Ludwig — die Spaltung der Arbeiterbewegung bedauert, ohne daß die Ursachen und Urheber dieser Spaltung und der Weg zu ihrer Überwindung genannt werden. Es kommt so heraus, als ob die KPD die Schuld daran trägt, wie z. B. in der Broschüre des Päd. Kreiskabinetts Demmin, in der die Teilnahme der KPD an den Wahlen 1920 als Ausdruck der unglückseligen Spaltung der Arbeiterklasse bezeichnet wird, durch die das Proletariat geschwächt aus dem Wahlkampf hervorgegangen sei. In keiner der genannten Broschüren werden die rechten sozialdemokratischen Führer als die Verantwortlichen für die Spaltung der Arbeiterbewegung angeprangert und die unzähligen Versuche der Kommunistischen Partei zur Überwindung dieser Spaltung gewürdigt.

Wohin Aufgabe der Parteilichkeit und „neutrale“ Aneinanderreihung von Fakten führen, beweist auch die Arbeit Kurt Ludwigs. Während er sich ausführlich in der Behandlung von Fehlern der KPD ergeht und stellenweise der Antisowjethetze der Bourgeoisie und der Reformisten erliegt, stellt er die Politik der rechten Sozialdemokraten objektivistisch dar. Ausführlich zitiert er Stellungnahmen von Reformisten, die die